

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/93

16. Mai 1973

§ 218 StGB

Zur ersten Lesung der Reformentwürfe

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsrechtsaus-
schusses und Mitglied des SPD-Fraktionsvor-
standes

Seite 1 und 1a / 64 Zeilen

Neue Wege für Postpakete

Ein Angebot an Großversender - Versuch und
Modell

Von Dr. Volker Hauff MdB
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für
das Post- und Fernmeldewesen

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Im Notfall: Brot aus Baumrinde

Ein Zivilist besuchte die Gebirgsjäger der
Bundeswehr

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Arbeitgeber sprechen von "Fahrt ins Rot"

Seite 6 bis 8 / 138 Zeilen

§ 218 StGB

Zur ersten Lesung der Reformentwürfe

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsrechtsausschusses
und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Der Deutsche Bundestag wird in dieser Woche in erster Lesung über eine Reform des § 218 Strafgesetzbuch beraten. Ein in der Öffentlichkeit mit großem Interesse und Engagement diskutierter und leider auch mit vielen Emotionen und Vorurteilen beladenes Problem soll in den nächsten Monaten im Parlament einer vernünftigen und sachgerechten Regelung zugeführt werden. Das wird nur möglich sein, wenn auf allen Seiten die Bereitschaft besteht, die Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten anzuerkennen und die unerträglichen Verdächtigungen und Verleumdungen, die in diesen Tagen einen Höhepunkt erreichten, einzustellen. Jede Berufung auf unsere Rechtsordnung und auf Menschlichkeit wird unglaubwürdig, wenn man dem Andersdenkenden die Achtung vor diesen Werten versagt.

In allen Fraktionen des Bundestages besteht heute weitgehende Einigkeit darüber, daß die jetzige Regelung des § 218 nicht nur unbefriedigend, sondern für die Betroffenen - und hierbei handelt es sich nicht nur um Frauen - unerträglich ist.

Es besteht auch weitgehende Einigkeit darüber, daß die Maßnahmen zur Verhinderung einer Schwangerschaft, enthalten in dem Entwurf eines Gesetzes über ergänzende Maßnahmen zum Fünften

Strafrechtsreformgesetz, Vorrang haben müssen. Zu diesen vorbeugenden Maßnahmen gehören unter anderem die ärztliche Beratung und Aufklärung über Empfängnisregelung, die erfolgreiche Untersuchung und die Verordnung von empfängnisregelnden Mitteln. Insoweit ist der gesetzestechnische Ausdruck "Strafrechtsreform - Ergänzungsgesetz" irreführend und mißverständlich. Der Schwangerschaftsabbruch kann immer nur das letzte Mittel in einer auf andere Weise nicht zu regelnden Konfliktsituation sein.

Keine Einigkeit besteht über die Ausgestaltung der neuen strafrechtlichen Regelung. Dem Bundestag und seinen mit der Beratung beauftragten Ausschüssen werden mindestens drei Entwürfe vorliegen: das Fristenmodell, ein weit gefaßtes und ein eng begrenztes Indikationsmodell. Diese Entwürfe müssen in den Ausschüssen gleichberechtigt nebeneinander behandelt werden. Das mag ein ungewöhnliches, durch die große Bedeutung und die weitreichenden Folgen der Entscheidung aber gerechtfertigtes Verfahren sein.

Die Unterschiede dieser Modelle sind grundlegend. Deshalb werden Kompromisse, von denen die Politik lebt, nicht möglich sein. Das gilt auch für die beiden Indikationsmodelle. Es wäre deshalb falsch anzunehmen, daß es hier auf Kosten einer umfassenden Reform zu einem Bündel zwischen der Opposition und Abgeordneten der Koalition kommen könnte.

Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten dürfen nicht dazu führen, daß am Ende der Beratungen keine Reform zustandekommt. Hier tragen die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen eine besondere Verantwortung. Ausgehend von der Erkenntnis, daß es eine Optimallösung nicht gibt, muß sichergestellt werden, daß eine Entscheidung getroffen wird, bei der die Interessen und die menschlichen Grundwerte der Betroffenen in gleicher Weise berücksichtigt werden.

(-/16.5.1973/bgy/ex)

Neue Wege für Postpakete

Ein Angebot an Großversender -Versuch und Modell

Von Dr. Volker Hauff MdB

Parl. Staatssekretär beim

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Öffentlich geäußerte Kritik an der Deutschen Bundespost konzentriert sich im allgemeinen auf drei Punkte:

- Die Leistungen der Post werden schlechter.
- Die Gebühren steigen ständig.
- Die Post rationalisiert zu wenig, sie ist zu unbeweglich und scheut neue Wege.

Dies trifft, nach Meinung der Kritiker, auch auf den Paketdienst zu, der die Deutsche Bundespost im laufenden Jahr mit einem Defizit von 658 Millionen DM belastet.

Die Deutsche Bundespost befindet sich jedoch gerade im Paketdienst in einer besonders schwierigen Situation. Einerseits hat der Gesetzgeber ihr die gemeinwirtschaftliche Aufgabe übertragen, Pakete auch dorthin zu befördern, wo Fuchs und Mas' sich gute Nacht sagen. Andererseits muß sie sich die Konkurrenz von Speditionen gefallen lassen, die Pakete dann gern selber transportieren, wenn es sich lohnt, nämlich in Ballungsräumen. Auch die Großkunden der Post, wie einige Versandunternehmen, bedienen lukrative Strecken selbst und überlassen die Kleinarbeit in ländlichen Räumen der Deutschen Bundespost. Auf diese Weise werden privatwirtschaftliche Verlustquellen sozialisiert nach dem Motto: Die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen. Die Deutsche Bundespost ist deshalb darum bemüht, dieses leidige Problem zu lösen.

Der erste Schritt ist jetzt getan worden. Am 9. Mai 1973 schlossen die Deutsche Bundespost und das Frankfurter Versandhaus Meckermann ein Abkommen, durch das ihre Zusammenarbeit im Paket-

versand neu geregelt wird. Nach diesem Abkommen verpflichtet sich die Firma Neckermann, alle für den Postversand in Betracht kommenden Pakete bis zehn kg ausschließlich durch die Deutsche Bundespost befördern zu lassen. Ab 1. Juli 1973 wird die Firma alle Pakete nach den Wünschen der Post auf eigenem Gelände vorsortieren, verteilen und verladen. Diese Leistungen werden dem Unternehmen im Rahmen des Posttarifs wertmäßig ausgeglichen. Das Abkommen gilt zunächst zweieinhalb Jahre. Die Vorteile liegen auf beiden Seiten: Die Post wird durch die Übernahme bestimmter Leistungen durch die Firma Neckermann entlastet. Zum anderen kann durch die Vereinfachung des Bearbeitungsverfahrens auf dem Postweg mit einer schnelleren Beförderung gerechnet werden.

Das Verfahren ist als Versuch und Modell gedacht. Diese Offerte soll das Bemühen der Post verdeutlichen, den Paketdienst auf neuen Wegen wirtschaftlicher zu gestalten. Erfolgreich werden diese Versuche freilich erst dann sein, wenn auch andere Großversender von diesem Angebot der Bundespost Gebrauch machen. Es bedeutet Kostenersparnis für alle Beteiligten, eine bessere Ausnutzung der Postkapazitäten und eine schnellere Beförderung der Pakete.

Sollte es sich freilich als unmöglich herausstellen, den Paketdienst auf dieser Grundlage neu zu ordnen, so müßten für diesen Bereich andere Überlegungen angestellt werden. In der Schweiz, um ein Beispiel zu nennen, dürfen Pakete bis zu fünf kg nur durch die Post befördert werden. Die Deutsche Bundespost ist in dieser Beziehung in einer weitaus schlechteren Lage. Sie muß jedes Paket annehmen, ohne jedoch auf diesem Gebiet ein Monopol zu besitzen. Das Modellabkommen mit der Firma Neckermann beweist ihre Bereitschaft, mit den Großversendern nutzbringend zusammenzuarbeiten. Das Angebot wird für die nächste Zeit aufrechterhalten.

(-/16.5.1973/bgy/ex)

+ + +

Im Notfall: Brot aus Baumrinde

Ein Zivilist besuchte die Gebirgsjäger der Bundeswehr

Die Bundeswehr ist in der Gesellschaft integriert, aber diese Gesellschaft tut sich manchmal schwer mit der Bundeswehr. Da gibt es noch Vorurteile, die, von der Sache her gesehen, nicht berechtigt sind. In der Welt, in der wir leben, kann kein Staat auf Soldaten verzichten. Es wäre denn, er würde sich freiwillig seiner Selbstbehauptung begeben. Da gilt es noch viel Verständnis zu wecken.

Begegnungen zwischen Angehörigen der Bundeswehr mit Vertretern der Öffentlichkeit sollten öfters stattfinden. Sie sind für beide Seiten von Nutzen. Dieses Fazit zieht eine Gruppe von Journalisten, die auf Anregung des Bundesverteidigungsministeriums im Raum Mittenwald und Garmisch-Partenkirchen zwei Tage lang Gäste der dort stationierten 22. Gebirgsjägerbrigade der Ersten Gebirgsdivision war; sie ist zugleich die einzige Gebirgsdivision, über die die Bundeswehr verfügt. Den Journalisten wurde ein umfassendes und lebendiges Bild vom Ausbildungsprogramm der Gebirgsjäger vermittelt.

Die Ausbildung der jungen Rekruten muß, den schwierigen Geländebedingungen entsprechend, hart sein, stehen doch nur 15 Monate zur Verfügung. Ungewöhnlich hohe Anforderungen werden abverlangt: sowohl von Ausbilder als von den Auszubildenden. Sie müssen lernen, in extremen Situationen allein auf sich gestellt zu sein, sich als Künstler der Tarnung entwickeln und von dem zu leben, was ihnen die Natur bietet, z.B. selbstgemachtes Brot aus Baumrinden. Sie müssen im Ernstfall, der nie eintreten möge, Hitze, Kälte und Hunger ertragen können, und ein hohes Maß von Selbstvertrauen, Zähigkeit und Disziplin aufweisen - Eigenschaften, von denen das Überleben abhängig sein kann.

Woher kommen diese jungen Männer? Sind es nur Söhne der Gebirgslandschaften? Ein Drittel des Mannschaftsbestandes dieser Ersten Gebirgsdivision stammt aus dem Ruhrgebiet. Sie haben sich - Wünsche werden hier weitgehend berücksichtigt - für den Militärdienst im Gebirge entschieden, weil sie die Natur lieben und an ihr Freude empfinden. Der beste Bergsteiger der Division ist ein Stadtmensch, ein Hamburger. Sicherlich dürfte er wie viele andere die Kunst des Bergsteigens auch nach seiner Entlassung ins zivile Leben pflegen.

Mehr als die gebotenen Leistungen - Rettung von Soldaten aus schwer zugänglichen Gebieten durch Hubschrauber, exakte Durchführung komplizierter Kletterpartien mit hohen Schwierigkeitsgraden, Indienststellung der mit Hubschraubern gelandeten Geschütze innerhalb von fünf Minuten und Absprung von Fallschirmjägern auf eine genau fixierte Absprungsfläche - imponierte den

Zivilisten die vorurteilslose Nüchternheit, mit der die Soldaten, die Unteroffiziere und die Offiziere bis zum Divisionskommandeur ihren notwendigen Dienst bewerten und beurteilten. Das Bewußtsein, etwa zu einer Elite zu gehören, hat sich nicht herausgebildet. Sie hätten allen Grund dazu, aber sie weisen den weit von sich. Bei solcher innerer Einstellung kann kein Hochmut gedeihen, und so ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die Soldaten im guten Verhältnis zur Bevölkerung stehen, obwohl die militärische Ausbildung, dazu gehört auch das Schießen aus Kanonen und Maschinengewehren, viele Touristen ärgerlich stimmt. Hundertfach hallt das Echo eines Kanonenschusses von den Bergen wieder und stört die Stille der Landschaft; doch damit hat man sich eben abfinden müssen.

Die Gebirgsjäger-Einheiten leiden nicht an Mangel an Unteroffizieren wie er in anderen Truppenteilen teilweise noch besteht. Sie können aus dem Vollen schöpfen. Woran das liegt, kann ein Zivilist kaum selbst beurteilen. Er bekommt zu hören: Jeder, der keinen Beruf hat und Dienst tut, kommt ohne die Erlernung eines Berufes nicht zurück ins Zivilleben. Pädagogische Prinzipien finden große Beachtung. Die Truppe hat auch keine Schwierigkeiten im Wechsel des Übergangs. Ihr Offiziersbestand erfährt laufenden Zugang durch Abiturienten, die sich fortbilden können - gerade für einen zivilen Beruf. Von den gegebenen Möglichkeiten machen sie reichlichen Gebrauch. Das kommt dem Gesamtbetrieb zugute.

Die Division unterhält Patenschaften mit amerikanischen, holländischen, französischen, kanadischen und britischen Truppeneinheiten. Die Begegnungen mit diesen Truppen erweitert den Horizont, gibt den Blick frei für größere Zusammenhänge. Die Division hat 1972 fünf deutsche Meisterpreise im Sport errungen; als Sportler-Soldaten sind sie gute Sendboten der Bundesrepublik Deutschland bei unseren Verbündeten.

Und noch etwas: Niemand von den Unteroffizieren und Offizieren betrachtete die Bundeswehr als "Schule der Nation". Was unsere Gesellschaft zu tun unterläßt, das kann die Bundeswehr nicht nachholen. So wäre sie überfordert, im Dienste der Wehrrertüchtigung die Aufgaben der politischen Bildung voll zu übernehmen, die die Schule versäumt hat. Das trifft natürlich für die auszubildenden Rekruten zu, nicht für die längerdienenden Unteroffiziere und Offiziere, die, das ergaben viele Gespräche, ein lebendiges Interesse für die Fragen von Gesellschaft und Staat bekundeten. Sie sehen sich nicht als nur Soldaten, beschränkt auf das militärische Handwerk, sondern als weltoffene Bürger eines demokratischen Gemeinwesens, für das sie sich verantwortlich fühlen. Man sollte dies zu respektieren wissen.

Albert Exler
(-/16.5.1973/ks/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Arbeitgeber sprechen von "Fahrt ins Rote"

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichte in ihrem offiziellen Organ "Der Arbeitgeber" (Mai-Ausgabe 1973) unter dem Titel "Fahrt ins Rote" folgenden Beitrag des Chefredakteurs Dr. Jürgen Heinrichsbauer. Die Tendenz des Beitrages und seine Formulierungen sprechen für sich selbst.

"Es wird immer klarer, daß es immer düsterer wird: Das Schicksal der Bundesrepublik ist nach dem großen Sammeln in Hannover wesentlich einer Partei ausgeliefert, deren Sprachrohr 'Vorwärts' kürzlich auch dem letzten Zweifler an der Fahrtrichtung der SPD zynisch jeden Zweifel nahm: 'Nach links - wohin denn sonst?'

Nach links also - was für den 'Vorwärts' der 'Glaube an die Machbarkeit menschlicher Verhältnisse, der Glaube an Vernunft, Wille und Erziehung' ist. So lockt man die Leute auf den Leim, lehrt doch die Geschichte, daß diese Art 'Erziehung' unweigerlich in totaler staatlicher Umarmung endet, in der - wie Millionen sozialistisch 'erzogene' Heloten zu berichten wüßten - das Individuum verloren ist. Noch sind nur Anfänge der Reise in das Gelobte linke Land erkennbar, und niemand weiß, wohin die Reise geht. Aber es wird eine lange Reise werden, hat doch der Vorsitzende Brandt sein Volk belehrt, daß 'Demokratischer Sozialismus' nicht ein 'Ziel', sondern ein 'Entwicklungsprozeß' ist. Wann und wie dieser Prozeß enden wird, braucht der 'mündige' deutsche Michel vorerst nicht zu wissen. Brandt ist (ähnlich seinem Freunde Bahr) Meister der Verschleierung, dann aber auch Artist auf dem Hochseil zwischen Rechts und Links: Zürnend, schmeichehend, immer verstehend und fast alles verzeihend. Willy Integrator. Wie einst Adenauer in der CDU, ist Brandt heute in der SPD eine Ausnahmeerscheinung. Sein Prestige-Abstand schon zur zweiten Garnitur ist derart groß, daß kein Nachfolger zu sehen ist - was die einen hoffen, die anderen sich sorgen läßt.

Getragen vom Beifall verdächtigerweise der Kapitalisten und der Kommunisten, die 'deutsche Frage' jeweils in ihrem Sinn vom Tisch gebracht zu haben, schickt sich Brandt nun an, auch innenpolitisch reinen Tisch, d.h. 'mit dem Grundgesetz ernst zu machen'. Das Godesberger Programm in der Linken, das Bonner Grundgesetz in der Rechten, muß Brandt lediglich den parteiinternen Streit im Griff behalten, ob das Bonner Grundgesetz so schnell wie möglich oder so langsam wie nötig mit dem 'Leben erfüllt' werden soll, das die linken Interpretations-Monopolisten dem Godesberger Programm einzublase planen. Darin herrscht jedoch Einigkeit, 'das System endgültig zu verändern, weil die SPD eine neue Gesellschaftsordnung anstrebt' (v. Oertzen), oder - damit es auch die

letzten Träger bürgerlich-apolitischer Scheuklappen begreifen -
'Unsere Aufgabe ist die Veränderung, und zwar durch demokrati-
sche Kontrolle der wirtschaftlichen Macht mit Hilfe der Politik'
(Brandt).

In diesem Satz ist jedes Wort ein Schlag gegen die 'Mäch-
tigen', ein Schläger für die 'Ohnmächtigen'. Denn daran ist
kein Zweifel: Den Wahlsieg in der Tasche, hat die SPD die Mas-
ke 'Volkspartei' fallen gelassen, um nunmehr, nur noch vom Bun-
desrat und der FDP gehindert, Staatspartei zu werden, Arm in
Arm mit den Gewerkschaften alle 'Arbeitnehmerfeinde' in die
Schraken zu fordern. Dieser, mit den ebenso schillernden wie
scheinheiligen Parolen 'Demokratisierung', 'Lebensqualität'
und 'Investitionskontrolle' neu inszenierte Klassenkampf moder-
ner Art könnte die Marktwirtschaft zur Farce ihrer selbst ver-
zerren. Er könnte aus der - laut Jochen Steffen - 'schrottrei-
fen' Gesellschaft 'unserer' Bundesrepublik ein 'Paradies der
Werkstätigen' machen und dieses 'Paradies' eines Tages so her-
untergewirtschaftet haben, daß an die Stelle der automatischen
Todesmaschinen automatisch die Wiedervereinigung treten kann.
Das West-Ost-Gefälle nivelliert, die Mauer überflüssig, kann man
den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes 'abhaken'.

Offenbar wird dies jedoch erst werden, wenn die 'Mündigen'
Bürger im Sinne der Bahrschen Definition von 'Wahrheit' die
ganze Wahrheit dann erfahren, sobald die absolute Mehrheit es
erlaubt. Bis dahin gilt die Devise des SPD-linksaußen Steffens:
'Nie davon sprechen, immer daran denken!' Dessen eingedenk war
die Linke in Hannover noch weniger auf Sieg als darauf aus,
vorerst nur ihre Karten abzugeben. Jedoch: Schon das gleich
einer Niederlage für die Mitte! Denn: Die Roth, Voigt, Strasser
und Genossen sagen, was sie wollen, und wollen, was sie sagen!
Kalt, intelligent, zielstrebig, 'unbestechlich' - Jakobiner
der Jahre 1973 ff.! Die Mitte der SPD - theoretisch und rhetorisch
ungeübt - macht nicht nur den Fehler jeder Mitte, sich
das Vokabular der Linken aufzwingen zu lassen, sie wehrt (wenn
überhaupt) nur ab, was (noch) nicht geht, statt offensiv zu
sagen, was keinesfalls in Frage kommt: 'Widerständler' wie
Helmut Schmidt und Georg Leber werden - vorerst mit dem Stim-
mzettel - geduckt; ausgediente Alte im Parteivorstand auf eine
Weise abserviert, die nur noch von jener seit 1945 totgeglaub-
ten Arroganz geschlagen wird, mit der man an der Person des
'primitiven Antikommunisten' Van Thieu vor aller Welt bewies,
daß 'deutsches Wesen' - wieder einmal! - ungenießbar ist.

Rund um die Uhr von Rundfunk, Fernsehen, Rockern und fei-
nen Leuten unterstützt, sind es die gleichen, im wesentlichen
jungen Herren, die dem deutschen Michel - wie auf den Tag

genau vor 40 Jahren - sein angeblich verrottetes 'System' auch heute wieder um die Ohren schlagen. Damals war es Weimar. Heute ist es die sozial- und gesellschaftspolitisch vorbildliche Bundesrepublik, die an der geistigen Umweltverschmutzung der Ideologen zu ersticken droht. Nie zu vermeidende Schattenseiten mißbrauchen die Kritiker zu utopischen Versprechungen, ohne als echte Marxismus-Missionare auch nur einen einzigen Blick für das gegenwärtig Nötigste zu haben. Insofern sind diese Leute immer ihrer Zeit voraus. Sollen die kleinkarrierten Spießer mit den 'Realitäten' der Gegenwart gefälligst selber fertig werden: Beschleunigte Inflation, wachsende Staatsausgaben, unrationelle öffentliche Verwaltung und allgemeine Konzeptionslosigkeit in der Reihenfolge notwendiger Reformen.

Diese Sturmspitze der SPD leidet zur Zeit nur unter dem einen qualvollen Gedanken, ihre Leute nicht ab sofort und ungehindert in den Staatsdienst einschleusen zu können. Aber gemach - seit Hannover besetzt sie schon rd. ein Drittel des Parteivorstandes. Der Vorstandsrest, offenbar von der naiven Zuversicht beseelt, die Radikalen durch Tolerierung integrieren zu können, wird sich weiter in Zurückhaltung ergehen, da der von der Heilslehre der Linken ausgehenden Faszination eines problemlosen Wohllebens auf Staatskosten vor allem die geschichtslose Jugend erliegen wird. Sie aber braucht man, wenn es 1976 um die absolute Mehrheit geht. Was in diesem Falle möglich ist, zeigt sich am Beispiel der verfassungswidrigen EntschlieÙung, den Beruf der Immobilienmakler kurzerhand zu liquidieren! Wann werden Ärzte, Anwälte usw. folgen? Dann wird 'Eigentum' auch wieder 'Diebstahl' sein. Panikmache? Wie das Maklerbeispiel zeigt, hat die grassierende neo-marxistische Gehirnwäsche, 'Bewußtseinsveränderung' genannt, inzwischen zu Bewußtseinsstörungen führt, die noch vor Jahren unvorstellbar gewesen wären. Das ist das Schreckliche: Der vom 'Vorwärts' propagierte 'Glaube an die Machbarkeit menschlicher Verhältnisse' macht die 'Macher' offenbar zu allem fähig. Aber zu sonst nichts."

(-/16.5.1973/bgy/ex)